



Arbeitsgemeinschaft der Umweltbeauftragten in der EKD
Geschäftsstelle
Reinhard Benhöfer
Archivstr. 3
30169 Hannover
0511-1241-559
benhoefer@kirchliche-dienste.de

Bremen, 10.10.2007

An die Kirchenämter und Synoden der Gliedkirchen
der Evangelischen Kirchen in Deutschland

Klimawandel und Kirche

Die Arbeitsgemeinschaft der Umweltbeauftragten in der EKD beobachtet in der Debatte zum Klimawandel neben vielen guten Ansätzen auch Defizite. Diese Defizite zu benennen und an ihrem Abbau zu arbeiten, halten wir für eine besondere Aufgabe der Kirchen.

Die Bemühungen der Bundesregierung zeigen unseres Erachtens grundsätzlich in die richtige Richtung, die Problematik ist erkannt und die gesetzten Ziele können unterstützt werden.

Allerdings haben wir bei den Wegen, die zu den Zielen führen sollen, erhebliche Zweifel. Diese Zweifel beziehen sich auf die Hoffnung, die Ziele vor allem erreichen zu können

- durch eine erhebliche Steigerung des Einsatzes nachwachsender Rohstoffe für die Kraftstoffproduktion
- durch die Beibehaltung der zentralen Stromproduktion in Kraftwerken mit fossilen Energieträgern
- durch technische Innovationen (z. B. Effizienzsteigerungen und CCS)

Wir gehen davon aus, dass jedem Menschen das gleiche Recht an der Nutzung des öffentlichen Gutes Klima zur Verfügung steht. Unser Niveau der Nutzung dieses Gutes wird aber trotz aller denkbaren technischen Innovationen nicht auf ein angemessenes Niveau zu bringen sein. Es bleibt eine Gerechtigkeitslücke, solange der Wohlstand, die Nachfragemacht über die Verteilung der Nutzung der Klimaressource entscheidet.

Diese Feststellung gilt sowohl auf unserer nationalen als auch auf der globalen Ebene.

Dementsprechend erwarten wir von der Politik einen ordnungspolitischen Rahmen, der armen Menschen den Zugang einen angemessenen Anteil am Energieverbrauch sichert und der reichen Menschen die Übernutzung erschwert. Kontraproduktiv wäre z. B. eine Regelung, die teure und schwere Kraftfahrzeuge bei einer zukünftigen Besteuerung, die sich am CO₂-Ausstoß orientiert, bevorzugte.

Aber selbst durch eine gerechte Besteuerung des Energieverbrauchs wird sich eine gerechte Verteilung der Ressourcen nicht herstellen lassen.

Gerade wir Christinnen und Christen werden uns nach dem für uns und alle Menschen verträglichen Maß unseres Konsums fragen müssen. Und wir werden uns fragen müssen, wie wir einen Lebensstil etablieren können, der sich in kurzer Zeit einem Ressourcenverbrauch anpasst, der nachhaltig wäre und allen Menschen zugebilligt werden könnte.

Mäßigung und Genügsamkeit, alte christliche Tugenden, sind auch heute gefragt. Unser Lebensstil sowohl als Kirche (als Institution) als auch als Christinnen und Christen hat sowohl Einfluss auf unsere eigene Befindlichkeit als auch auf unsere äußere Glaubwürdigkeit.

Dabei ist uns bewusst, dass die Lebensstilfrage auf keinen Fall in einen Gegensatz zur Notwendigkeit politischen Handelns geraten darf. Sondern die oben angesprochenen gesellschaftlichen Rahmen werden entscheidend sein, auf das Problem des Klimawandels angemessen zu reagieren. Es bedarf also sowohl mutiger, zeitnaher politischer Entscheidungen, um Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit zu gewährleisten als auch der Suche nach angemessenem individuellen und institutionellen Verhalten von uns Christinnen und Christen.

Wir haben dementsprechend die doppelte Aufgabe, unsere gesellschaftlichen Entscheidungsträger auf die notwendigen Entscheidungen nach dem Maß der Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit hinzuweisen und in unseren Handlungsbereichen nach individueller und institutioneller Glaubwürdigkeit zu trachten.

Die Arbeitsgemeinschaft der Umweltbeauftragten bittet Sie, sich in Ihrer Kirche für die Annahme dieser Aufgabe einzusetzen.

Pastor Dr. Thomas Schaak, Sprecher der AGU